



Antrag

der CDU Stadtratsfraktion,
zur 19. Sitzung des Rates
der Stadt Gummersbach
am 01. Dezember 2011



Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Gummersbach stellt den nachfolgenden Antrag.

Der Rat der Stadt beschließt:

1. die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und mit den vorbereitenden Arbeiten zu beginnen mit dem Ziel, zeitnah ein **integratives kommunales Klimaschutzkonzept** für das Gebiet der Stadt Gummersbach aufzustellen.
2. eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe „Energie und Umweltschutz“ einzurichten. Die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe soll sich an den Mehrheitsverhältnissen im Rat der Stadt orientieren, wobei bei der Besetzung Mitglieder aus dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss, dem Betriebsausschuss und dem Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als die sachlich zuständigen Ausschüsse zu berücksichtigen sind.

Begründung:

zu 1.

Nicht erst seit der bis dahin unvorstellbaren, durch einen Tsunami hervorgerufenen Katastrophe in Japan und den hierdurch bedingten irreparablen Folgen auf Grund Beschädigung der Kernreaktoren in Fukushima ist auch in Deutschland die Zukunft der Energieversorgung in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung zurück gekehrt. Die in der Folge gefassten energiepolitischen Beschlüsse der Bundesregierung, die das Ziel eines schnelleren Ausstiegs aus der atomaren Energieversorgung bei gleichzeitiger erheblicher Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen, verbunden mit dem Ausbau regenerativer

Energieerzeugung verfolgen, hätte sich der eine oder andere bereits zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht. Festzuhalten bleibt jedoch, dass diese in die richtige Richtung weisen.

Klimaschutz muss demzufolge als nationale Aufgabe angesehen werden, sodass jede Institution dazu aufgerufen ist, ihren Beitrag zu leisten. Die CDU-Fraktion sieht ein integratives kommunales Klimaschutzkonzept als eine geeignete Maßnahme an, für das Gebiet der Stadt Gummersbach auf diesem Weg weiter zu kommen.

Ein Klimaschutzkonzept dient als strategische Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für zukünftige Klimaschutzanstrengungen und evtl. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Es zeigt kommunalen und anderen Entscheidungsträgern, welche technischen und wirtschaftlichen CO₂-Minderungspotenziale bestehen und welche Maßnahmen zur Verfügung stehen, um kurz-, mittel- und langfristig CO₂-Emissionen einzusparen und den Energieverbrauch zu senken. Gleichzeitig legt es Ziele zur Minderung der CO₂-Emissionen fest und beschreibt, wie die Erfüllung dieser Ziele kontrolliert werden kann.

Klimaschutzkonzepte umfassen alle klimarelevanten Bereiche. Bei Kommunen sind das in der Regel mindestens die eigenen Liegenschaften, die Straßenbeleuchtung sowie der Bereich Abwasser und Abfall. Weiter sind zu nennen die Wohnungswirtschaft, die privaten Haushalte, die Bereiche Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, Industrie, sowie Verkehr.

Klimaschutzkonzepte können darüber hinaus Impulse für die Reduzierung von Treibhausgasen im privaten und gewerblichen Sektor geben.

Die Wichtigkeit kommunaler Klimaschutzkonzepte wird auch dadurch unterstrichen, dass das Bundesministerium für Umwelt die Aufstellung durch Bewilligung entsprechender Mittel nicht unerheblich fördert.

zu 2.

Sollte der unter Ziffer 1 formulierte Antrag mehrheitlich eine Zustimmung finden, bedeutet dies sowohl für diesen Rat und seine Ausschüsse als auch für die Verwaltung ein Spektrum, dass es ebenso intensiv zu bearbeiten gilt, wie weitere energie- und umweltpolitische Themen, als da im wesentlichen zu nennen sind

- Umgang mit dem neuen Windkraftenerlass
- Straßenbeleuchtung mittels energieeffizienter Technik
- Konzessionsvergabe bei Strom und Gas
- Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen

Alle diese Themen bedürfen einer intensiven Begleitung seitens der Politik.

Die CDU-Fraktion hält daher, auch vor dem Hintergrund der ersten positiven Erfahrungen aus den bereits gestarteten Arbeitsgruppen zu den Themen Kultur und Schule die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Energie und Umweltschutz“ für geboten.

Für die CDU-Fraktion



*Christoph Schmitz
- Fraktionsvorsitzender -*

Gummersbach, 18.11.2011